



AUDREY DILANGU

KANDIDATUR ALS STELLVERTRETENDE JUSO-BUNDESVORSITZENDE

LIEBE JUSOS,

in der aktuellen Zeit erleben wir die Zementierung großer Krisen - sowohl national als auch international. Der Ursprung dieser Krisen liegt im Kapitalismus. Diesem geht es gut, solange er sich von der Ausbeutung der Arbeiter*innen weltweit, vom stetig wachsenden strukturellen und institutionellen Rassismus, einer eklatanten Klimakrise und der unerbittlichen Ausbeutung natürlicher Ressourcen ernähren kann. Dem Kapitalismus den Kampf anzusagen ist nicht nur ein analytisches Credo, das sich durch all unsere Grundwerte zieht. Es ist die Philosophie, die uns Jungsozialist*innen als Handlungsmaxime dient, um eine gerechtere Welt zu schaffen. Mit meiner Kandidatur als stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende möchte ich diesen Kampf gemeinsam mit dem Gesamtverband führen, gemeinsame jungsozialistische Visionen erarbeiten und diese dann auch Realität werden lassen! Denn eins muss klar sein: Der politische Kurs der kommenden Jahre ist ausschlaggebend dafür, in welcher Welt wir leben wollen und inwiefern es uns gelingt, jungsozialistische Strategien der Krisenbewältigung in die Parlamente und Gesellschaft zu tragen.

„WÄRE ICH NICHT ARM, WÄRST DU NICHT REICH.“ - WIR BRAUCHEN EINEN STARKEN SOZIALSTAAT, DER ALLE MITDENKT!

Seit der Jahrtausendwende beobachten wir, wie Sozialstaatsprinzipien verletzt werden und der Sozialstaat massiv abgebaut wird. Vor allem die Corona-Pandemie hat zuletzt deutlich gemacht, dass massive Investitionen in den Ausbau des Sozialstaats nötig sind. Die wachsenden Armuts- und Arbeitslosenquoten in diesem Land sind aber kein vorübergehendes Phänomen, sie sind Resultat der langjährigen Neoliberalisierung des Sozialstaats. Während Lindner jeden Cent in der Tasche hält, um seinem Sparfeisch der schwarzen Null nachzugehen, steigt die Verarmung der Menschen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, rasant an. Besonders die Kinderarmut erreicht ein Rekordhoch. Die Kindergrundsicherung - als Mittel und Reformprozess eines gerechteren und modernen Sozialstaats - ist eine langjährige Juso-Forderung, die nun auch ihren Weg zur politischen Umsetzung finden wird. Aber auch hier wird deutlich zu wenig Geld in die Hand genommen, um ein schlagkräftiges Instrument gegen Kinderarmut ins Leben zu rufen.

Als Tochter einer alleinerziehenden Migrantin und Arbeiterin weiß ich von klein auf, was fehlende Teilhabe und ein Aufwachsen sowie Leben in Armut bedeuten. Kinder- und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, haben nicht die gleiche Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wie andere Kinder. Wenn ein Kind in Armut aufwächst, so ist es auch nach der Kindheit in allen fortführenden Lebensbereichen von diesen Erfahrungen geprägt und muss sich trotz dieser ungleichen Chancen durchkämpfen. Aufgabe eines modernen Sozialstaats muss es sein, diesen Facetten von Chancenungerechtigkeit entgegenzuwirken. Schon nach zwei Jahren Ampel ist klar: mit Neoliberalen ist kein gerechter Sozialstaat zu machen, erst recht kein moderner und in seiner Politik emanzipatorischer. Lasst uns gemeinsam und mit Blick auf unsere jungsozialistischen Grundwerte den Sozialstaat der Zukunft konzipieren! Lasst uns mutig sein und emanzipatorische Politik umsetzen! Dafür müssen wir lautstark über die Finanzierung unseres jungsozialistischen Sozialstaats reden - und darüber, wie wir ihn möglich machen mit mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Vermögensgerechtigkeit und der dazu notwendigen massiven Umverteilung!

Zur Analyse gehört auch, dass ein moderner und gerechterer Sozialstaat alle Menschen mitdenken muss! Seit Beginn meiner politischen Arbeit kämpfe ich für die Abschaffung des rassistischen Asylbewerber*innenleistungsgesetz, das nun schon seit 30 Jahren spezifische Leistungen für asylsuchende und geduldete Menschen regelt. Die Leistungen liegen unter den Regelsätzen des Bürger*innengelds und führen somit unweigerlich zu einem Leben unter dem Existenzminimum. Für mich ist klar: das rassistische Sondergesetz gehört abgeschafft! Gerecht wäre, die Leistungen Schutzsuchender nach dem regulären Sozialhilfesystem zu regeln, also gemäß dem Bürger*innengeld. In Zeiten, in denen Rechte und Neoliberale eine massive Verschlechterung der Lebensbedingungen Schutzsuchender fordern, ist es unsere Aufgabe, diesen rassistischen Kurs aufzuhalten und den Sozialstaat anti-rassistisch auszubauen.

WIR BRAUCHEN EINE ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK, DIE AUF MENSCHEN BLICKT - UND NICHT GETRIEBEN IST VOM MARKT UND VON RASSISMUS.

Anders als wir es uns erhofft haben, ist der Kurs der Ampelregierung und auch des SPD-geführten Innenministeriums kein echtes Korrektiv der inhumanen Asyl- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Vielmehr wird an vielen Stellen durch die geplante Abschiebeoffensive und der Zustimmung zur GEAS-Reform der Kurs der letzten Jahre fortgeführt. So beobachten wir auf der einen Seite migrationspolitische Öffnungen, wie zum Beispiel das Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Auf der anderen Seite wird aber die Kriminalisierung Schutzsuchender fortgeführt. Auch bleibt die Frage unbeantwortet, wie wir Schutzsuchende in unserem Land besser verteilen und ihnen von Beginn an eine echte Bleibe- und Teilhabeperspektive bieten können. Insbesondere die Verteilungsfrage von Schutzsuchenden wird immer wieder mit dem Auffangen irregulärer Migration in Verbindung gesetzt. Dabei fehlt bislang der Wille, sich mit neuen Arten der Verteilung und einer umfänglichen finanziellen Entlastung der Kommunen auseinanderzusetzen. Im Bundesvorstand möchte ich mich genau diesen Fragen widmen. Auf Bundesebene will ich an jungsozialistischen Ideen und Forderungen für eine progressive Asyl-Migrationspolitik arbeiten. Das heißt konkret, dass wir die kommenden migrationspolitischen Debatten so angehen, dass wir über Menschen sprechen - mit Individualität, mit Würde und losgelöst von ihrer Verwertbarkeit in unserem kapitalistischen System. Schluss mit der Ausbeutung und Entrechtung Schutzsuchender und Migrant*innen!

HER MIT DEM GUTEN LEBEN - KOMMUNALE DASEINSVORSORGE STÄRKEN!

Als Kommunalpolitikerin weiß ich nur zu gut, was leere Kassen und Haushaltssicherung konkret bedeuten. Das heißt in der Kommune: kaputte Schulen, zu wenige Jugendsozialarbeiter*innen, marode Schwimmbäder und geschlossene Jugendzentren. In den Kommunen soll aber das gute Leben vor Ort gestaltet werden! Kommunen, die unter der Altschuldenlast leiden und aufgrund fehlenden Personals nicht einmal ihren Pflichtaufgaben nachgehen können, können diesem gestalterischen Anspruch nicht nachgehen. Im Bundesvorstand möchte ich den Blick auf die Kommunen verschärfen! Denn ob es um die Schaffung sozialen Wohnraums geht, um die Kommune als Ankunfts- und Lebensort für Schutzsuchende oder um Investitionen in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge - in den Kommunen wird maßgeblich die Zukunft gestaltet! Lasst uns flächendeckend die Altschuldenfrage angehen und die Kommunen endlich wieder dazu befähigen, gute Orte zum Leben zu gestalten!

LIEBE JUSOS,

mein Herz schlägt für die Sozial-, Asyl- und Migrationspolitik. Ihr wisst jetzt, wofür ich mich in den kommenden Jahren einsetzen möchte. Vor uns stehen wichtige Monate und Jahre. Unsere Mutterpartei verfängt sich zunehmend in einem Stillstand - besonders bei meinen drei Herzenthemen bleibt der vor der Wahl angekündigte Kurswechsel weitestgehend aus. Wir Jusos haben uns schon immer als Korrektiv der Mutterpartei verstanden. Mit euch gemeinsam will ich in den kommenden Jahren die SPD Tag für Tag in Richtung emanzipatorischer Politik treiben. Dafür will ich um eure Unterstützung werben!

Eure Audrey

ÜBER MICH

Mein Name ist Audrey, ich bin 28 Jahre alt und studiere im Master Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalentwicklung. Ich bin seit 2015 bei den Jusos aktiv und war drei Jahre im Landesvorstand der NRW Jusos und möchte mich nun für den Bundesvorstand bewerben. Falls ihr dazu Rückfragen oder Impulse habt, meldet euch immer gerne bei mir.

Mail: audreydilangu@gmail.com

Instagram: [audreydilangu](https://www.instagram.com/audreydilangu)